



Kranzniederlegung auf dem Lagerfriedhof Dalum durch Elisabeth Popken und Horst Krüglger.

Foto: Manfred Fickers

Gegen Waffenexporte

Gewerkschafter befürchten „Flächenbrand“ der Gewalt

Von Manfred Fickers

GEESTE. Die Entscheidung der Bundesregierung zu Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak ist bei der Veranstaltung zum Antikriegstag der Kreisverbände Emsland und Grafschaft Bentheim im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kritisiert worden. Gefordert wurde ein Verzicht auf Waffenlieferungen.

Die Gedenkveranstaltung fand auf dem Lagerfriedhof in Geeste-Dalum statt, wo im Zweiten Weltkrieg mehr als 10 000 Kriegsgefangene bestattet worden sind. 75 Jahre nach Beginn dieses Krieges und 100 Jahre nach dem Anfang des Ersten Weltkrieges sei die Sorge um einen „Flächenbrand“ der militäri-

schen Gewalt groß, sagte Horst Krüglger, Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Grafschaft Bentheim. Gewerkschaftssekretärin Elisabeth Popken warnte vor zu großem Einfluss der Rüstungsindustrie auf die Politik. Die Bundeswehr sei zu einer internationalen Interventionstruppe geworden. Interventionen und Waffenlieferungen schafften keinen Frieden, sagte sie unter Hinweis auf die Situation in Afghanistan. Waffen können in Krisenregionen in falsche Hände geraten und Konflikte verschärfen.

Josef Westhuis, Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Dalum, sprach sich ebenfalls gegen Waffenlieferungen in Krisengebiete aus. Marianne Schnelle, Arbeitskreis Frie-

den, Nordhorn, forderte ein Verbot von Waffenexporten und einen Verzicht der deutschen Politik auf Gewaltanwendung.

Für Frieden engagieren

Bürgermeister Hans Josef Leinweber rief zu politischem Engagement für eine friedliche Entwicklung der Gesellschaft, gegen Gewalt, Rassismus und Intoleranz auf. Über die in anonymen Gräbern im Emsland bestatteten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion sprach Kurt Buck. Er berichtete über die Arbeit des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager in Esterwegen, diese Toten zu identifizieren.

Am Beispiel von drei der 20 Gefangenen, die an Weihnachten 1943 im Lager Wietmarschen starben, einem Ge-

orgier, einem Ukrainer und einem Russen, erläuterte Buck, warum insgesamt 3,3 Millionen Angehörige der Roten Armee in deutscher Gefangenschaft umkamen. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion ab dem 22. Juni 1941 schaffte die Wehrmacht Ende Juli 1941 einen Teil von ihnen in das Deutsche Reich.

Die Versorgung der bis zu 12 000 Gefangenen in den Emslandlagern war äußerst schlecht. Buck beschrieb dies mit dem Zitat eines Augenzeugen, der die Gefangenen um Winter barfuß im Schnee in Sommerkleidung arbeiten sah. Wegen fehlender Dokumente konnte lange Zeit die Zahl der auf den Lagerfriedhöfen bestatteten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nur grob zwischen 14 250 und 26 250 angegeben wer-

KOMMENTAR

Frage der Außenpolitik

Von Manfred Fickers

Der Versuch, bei der Veranstaltung zum Antikriegstag in Geeste aus der Erfahrung des Ersten und Zweiten Weltkriegs brauchbare Handlungsanweisungen für die heutige politische Situation zu geben, ist vorerst gescheitert. Denn trotz mancher Ähnlichkeiten aktueller Ereignisse zu Geschehnissen vor 1914 und 1939 bleiben wichtige Fragen unbeantwortet.

Die Mehrzahl der Redner bei der Veranstaltung plädiert für eine Politik der Vermittlung zwischen Konfliktparteien bei äußerster militärischer Zurückhaltung und einem Verbot von Waffenexporten. Einige heutige Machthaber, die Menschenrechte und das Völkerrecht missachten, sind als Verhandlungspartner gar nicht erreichbar, wie sich bei aktuellen Konflikten im Nahen Osten und in Afrika zeigt. Andere nutzen die Diplomatie, um Militäraktionen zu rechtfertigen und Gegenwehr zu verhindern. Handfeuerwaffen

und Munition lassen sich unter einfachsten Bedingungen herstellen. Völkermord kann auch mit primitivsten Mitteln begangen werden. Dafür ist der Lagerfriedhof in Geeste-Dalum ein Beispiel, wo mehr als 10 000 in den Emslandlagern an Hunger, Krankheiten und Unterkühlung gestorbene Menschen begraben sind.

Der Wert der Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Geeste besteht darin, eine Diskussion über Grundsatzzfragen deutscher Außenpolitik voranzutreiben, die seit 25 Jahren nur sehr zaghaft geführt wird. Währenddessen wurden durch Entscheidungen für Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte Fakten geschaffen. Es ist gut, wenn der DGB die Politik auffordert, Rechenschaft über die Mittel und Ziele deutscher Außenpolitik abzulegen. Besser wäre es, wenn möglichst viele Bürger die Gewerkschafter dabei unterstützen.

m.fickers@noz.de

den. Bei einem Projekt des DIZ, bei dem Dokumente aus einem Archiv in Podolsk ausgewertet werden, sind bereits mehr als 10 000 Namen erfasst. Als beispielgebend bezeichnete Buck eine Aktion der Anne-Frank-Schule Meppen, die auf dem Lagerfriedhof Fullen Tontafeln mit Namen der dort bestatteten

angebracht haben. Besucher aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion machen den DIZ-Mitarbeitern immer wieder deutlich, wie wichtig es ihnen ist, einen würdigen Gedenkort für ihre toten Angehörigen zu haben.

noz Videobeitrag
auf www.noz.de